

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Sobndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rilsdorf, St. Egidien, Beurlichsort, Marienau, den Müllengrund, Ruchsnappel und Tirschoheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 20.— Mf. monatlich frei ins Haus, durch die Post bezogen 60.— Mf. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 80 Mf.



Anzeigenpreis: Die sechsgepaaltene Grundzeile wird mit 2.— Mf. für auswärtige Besteller mit 2,25 Mf. berechnet. Im Reflekt. und amtl. Teile kostet die dreizehnpaltene Zeile 4,50 Mf., für Auswärtige 5.— Mf. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Anwaltschaft, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg. Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., Inh. Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr. 112

Montag, den 15. Mai 1922

72. Jahrgang.

Nächsten Donnerstag u. Freitag Jahrmakrt in Lichtenstein-Callnberg (Altmarkt).

Nachdem die Kreishauptmannschaft Chemnitz den I. Nachtrag zum Ortsgesetz der Stadt Lichtenstein-Callnberg über Kleinhausbauten vom 23. Dezember 1920 genehmigt hat, wird derselbe während der nächsten zwei Wochen in der Rathauskassette öffentlich ausgelegt. Stadtrat Lichtenstein-Callnberg, am 13. Mai 1922.

Auszahlung der Beihilfen an Empfänger von Renten aus der Invaliden- und Angestellten-Versicherung.

Die Auszahlung für Mai erfolgt Mittwoch, den 17. Mai 1922, im Unterstützungsamt (Rathaus I. Etage) und zwar:

vorm. von 8-9 Uhr	Anfangsbuchstaben	A-D,
" " 9-10 "	" " " " "	E-H,
" " 10-11 "	" " " " "	I-L,
" " 11-12 "	" " " " "	M-Q,
mittags 12-1 "	" " " " "	R, S, Sch, St,
nachm. 1-2 "	" " " " "	T-Z.

Es wird gebeten, die angegebenen Zeiten genau einzuhalten.

Die Auszahlung erfolgt nur gegen Vorlegung des gelben Monatsausweises.

Lichtenstein-Callnberg, am 15. Mai 1922.
Der Stadtrat. — Unterstützungsamt. —

Kurze wichtige Nachrichten.

Der Velleitenausdruck des Reichstages hat sich entschlossen, in dieser und in der nächsten Woche die Plenarsitzungen von 11 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends auszuweichen, um bis 31. Mai mit dem Etat und mit der großen politischen Debatte aus Anlaß der Konferenz in Genewa fertig zu werden. Wenn der auswärtige Auslaß einberufen werden kann, geht noch nicht fest.

Reichsminister Dr. Hermès hat am Sonntag dem Vorsitzenden der Reparationskommission, dem französischen Delegierten Louis Labors, einen Besuch abgestattet. Die sachliche Beratung mit den Mitgliedern der Reparationskommission soll heute vormittag beginnen.

Dem Collaschen Verlag in Stuttgart gingen Angebote aus England, Nordamerika, Argentinien und Spanien über eine Uebersetzungsausgabe der Erinnerungen des früheren deutschen Kronprinzen in den fremden Landesprachen zu.

In Genewa sind gestern schweizerische Großindustrielle eingetroffen, um mit der russischen Delegation über die Wieder-aufnahme des schweizerischen Handelsverkehrs mit Rußland in unverbändliche Beziehungen einzutreten.

Aus Rom wird gemeldet: Zwischen Italien und Polen wurde anstelle des bisherigen vorläufigen Kontingentsabkommens ein umfänglicher Mitgliedschaftsvertrag abgeschlossen, wonach Polen alle fünf an Frankreich gemachten Lieferungen auch Italien zufließt.

Großes Aufsehen erregte die Verlastung von Offizieren und Kadetten der Branagelarme in Sofia. Unter anderem wurde auch der Ober der Spinnabteilung der Branagelarme, Oberst Sanodulow, verhaftet, ferner wurden zahlreiche Hausdurchsuchungen vorgenommen.

Weltern haben sich Bierpont Morgan und Otto S. Kahn nach Frankreich eingeschifft.

Genewa Schiffahrt besiegelt.

Dienstag die letzte Sitzung.

Paris, 14. Mai.

Der Sonderberichterstatter der Agence Havas in Genewa berichtete vergangene Nacht, die Konferenz sei so gut wie beendet. Das ist das wesentliche Ergebnis des Tages. Für den Fall, daß ein Abkommen über die Art und Weise, wie der Sachverständigenauschuß zur Prüfung des russischen Problems funktioniert, zu erzielen ist, werde Lloyd George wie er abermals erklärte, nicht auf der Diskussion der anderen auf dem Programm stehenden Fragen beharren, und die Konferenz werde am Dienstag durch eine letzte Vollsitzung ihre Arbeiten beenden.

Aus den letzten Beratungen hat sich ergeben, daß ohne die Mitarbeit der Vereinigten Staaten der Wiederaufbau Rußlands unmöglich ist. Der Botschafter der Vereinigten

Staaten in Rom ist beauftragt worden, seiner Regierung von dem Wunsche aller in der politischen Unterkommission vertretenen Mächte Kenntnis zu geben.

Weiter will der Sonderberichterstatter der Agence Havas in Genewa letzte Nacht von zuständigen amerikanischen Kreisen die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die Regierung der Vereinigten Staaten geneigt sei, sich an den Arbeiten der Sachverständigenkonferenz zu beteiligen, welche nach Schluß der Konferenz die Prüfung der Mittel fortsetzen soll, durch welche Rußland sich wieder aufrichten könne. Andererseits wird dem „Newport Herald“ aus Washington gemeldet, Botschafter Child habe teurerlei Weisung erhalten, Lloyd George vorzuschlagen, daß Amerika an der russischen Kommission teilnehme.

Deutsches Reich

Das Volksbegehren.

Dresden. Das Gesamtministerium hat den von den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei erneut eingebrachten Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens auf Auflösung des Landtages zugelassen. Nach dem Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid hat die Abstimmung frühestens zwei Wochen und spätestens einen Monat nach der Veröffentlichung der Zulassung zu beginnen. Das Ministerium hat die Frist zur Stimmabgabe auf die Zeit von Dienstag, den 6. bis mit Montag, den 19. Juni, angeordnet. Während dieser Zeit müssen die Gemeindegremien den Stimmberechtigten Gelegenheit geben, während der üblichen Geschäftszeit durch eigenhändige Eintragung in die vorchriftsmäßigen Eintragungslisten ihre Stimme abzugeben. Zur Eintragung kann nur zugelassen werden, wer in der zuletzt abgeschlossenen Wählerliste eingetragen oder für das Volksbegehren einen Stimmschein erhält.

Die deutsche Anleihe.

Berlin. In offiziellen amerikanischen Kreisen in Paris liefen Meldungen aus Newport ein, nach denen die größten Banken Newports und Chicagos sich an Morgan gewandt haben, um zu verlangen, wie die „Chicago Tribune“ erklärt, daß Frankreich und Belgien sich verpflichten, nicht nach Deutschland einzurücken, wenn eine Anleihe in dem Vereinigten Staaten möglich gemacht werde. Morgan wurde sogar aufgefordert, zu verlangen, daß ein großer Teil der Besatzungstruppen am Rhein zurückgezogen werde, um Deutschland zu erhalten, die Widergutmachungsleistungen leichter aufzubringen. — Morgan wird am 20. Mai in London eintreffen, wo er zwei bis drei Tage für persönliche Geschäfte verbleiben wird, ehe er nach Paris fährt.

Voll, Wasser, Post im Reichstag.

Auch zu Wasser und zu Luft werden, wie vorher zu Lande, Gröner am Sonntag keine Erlasse bewilligt, nachdem ruhig u. geistlich etliche Wünsche über Kanalbauten und Flugzeuglinien vorgebracht worden sind. Dann legt sich Herr Gröner auf den noch warmen Sessel. Er hört sich beim Vortrat die Klagen an, was auch seine Käte pflichtschuldig mit machen. Manchmal ist die Regierungslitde gefüllt, als das Parlett, denn es ist ja Sonntagabend. Während beispielsweise der Abgeordnete Gothein seine guten Ratschläge zur Besserung des Verkehrswezens vorbringt, hören ihn sieben demokratische Kräftlingsgenossen zu oder tun wenigstens so. In diesem Augenblick spricht die Mehrheit des Haußs. Der Genosse Laubadel fordert Verringerung der Ausgaben bei der Post, also vor allem Verringerung des Personals, das 1913 aus 286 000, dagegen 1921 aus 410 000 Köpfen bestand auf keinen Fall gerüttelt werden darf. Das ist dieselbe Logik, als wenn ein braver Familienvater am Sonntagabend statt des Wochenlohnes seiner Gattin Reile verabschiedet und hinzufügt: „Aber selbstverständlich soll am Sonntag ein anständiger Braten auf den Tisch!“ Im übrigen hört man, von dem Deutschnationalen Röner anfangen, über den Zentrumsmann Allecotte hinweg bis zur roten Linken manch gutes Wort über die Notwendigkeit eines zufriedenen Beamtenstandes und eines netten Verhältnisses zwischen Vorgesetzten und Untergebenen. Giesberts sagt dabei wie in einer wohlmeinenden Predigt. Er sagt nicht viel, denn er

weiß nicht viel. Daß etliche Redner unsere heutigen Briefmarken scheußlich und geschmacklos finden, wundert ihn. Sie seien doch von ersten Künstlern entworfen. Das stimmt; und über ihnen steht in der neuen Republik noch der eigens zur Verhütung von Geschmacklosigkeiten angestellte Reichskommissar. Den gab es früher nicht. Aber es geht uns da wie mit dem Reichskommissar für die öffentliche Sicherheit. Früher hatten wir öffentliche Sicherheit, aber keinen Kommissar; jetzt haben wir einen Kommissar, aber keine öffentliche Sicherheit.

Das Korridorabkommen.

Der Austausch der Ratifikationsurkunden über das deutsch-polnische Korridorabkommen hat nach langer Verweigerung sechs Monaten in Kraft treten. Der auf die Eisenbahn nach sechs Monaten in Kraft tritt. Der auf die Eisenbahn bezügliche Teil tritt bereits am 1. Juni in Kraft. Das hat zur Folge, daß die Jugoerbundung nach Ostpreußen alsbald verbessert werden kann. Hierüber wird alsbald in Verhandlungen eingetreten.

Die neue Annexie.

In der mehrheitssozialdemokratischen Funktionärerversammlung wurde mitgeteilt, daß die zu Ostern aus allgemeinen politischen Gründen ausgebildete Generalamnestie des Reichspräsidenten für Pflingten zu erwarten sei, nachdem im Reichsjustizministerium seit zwei Wochen die Vorbereitungen für einen Amnestieerlaß begonnen hätten.

Die Zwangsanleihe.

Ueber die Grundzüge des Regierungsentwurfes zur Zwangsanleihe teil die Deutsche Allg. Ztg. privatim mit, daß die Zeichnungspflicht in direktem Zusammenhange stehe mit der Steuerpflicht zur Vermögensabgabe, das heißt, alle diejenigen, die nach den Paragraphen 2 und 3 des neuen Vermögenssteuergesetzes vom 8. April 1922 steuerpflichtig sind, haben auch die Zwangsanleihe zu zeichnen. Dadurch ist für diejenigen, die bereits Zahlungen auf das Reichsnotopfer gemacht haben, vorgeesehen, daß der eventuell zuviel gezahlte Betrag, falls der Steuerpflichtige es wünscht, auf die Zwangsanleihe in Anrechnung gebracht werden kann. Sowohl bei der Vermögenssteuer wie bei der Zwangsanleihe wird bei der erstmaligen Veranlagung der Stand vom 31. Dezember 1922 zugrunde gelegt. Neu ist die Form der vorangehenden Selbstanschätzung im Laufe des Oktober. Ergibt die endgültige Veranlagung einen geringeren Betrag, so wird die zuviel gezahlte Summe mit Zinsen zurückgezahlt, ergibt sie einen höheren Betrag, so muß der Unterläßte nachgezahlt werden. Nähere Bestimmungen wird der Reichsfinanzminister erlassen, sobald das Gesetz vom Reichstag angenommen ist.

Ein neuer Falscher verhaftet.

Die Polizei verhaftete einen 21-jährigen Burden namens Willy Bergholz, der schon früher sich durch allerschand Schwindeltaten bemerklich gemacht hatte und alsdann dazu überging, von ihm gefälschte Berichte über Geheimhaltungen der Kommunisten gegen Entschädigung an rechtsstehende Kreise zu liefern. Er hatte Briefbogen Pruden lassen, die den Kopf trugen, der Präsident des W. G. V. Au. (West-Europäischer Bewaffnungsauschuß) der kommunistischen Internationale Berlin, andere Briefbogen lauteten Präsident des J. B. A. (Internationaler Bewaffnungsauschuß). Auf diesen Briefbogen lieferte er angeblich Protokolle über kommunistische Geheimhaltungen, namentlich über angebliche Waffenbestände der Kommunisten, Kampfpläne und dergl. mehr. Nachdem die Polizei ihn längere Zeit beobachtet hatte, ist er nunmehr verhaftet worden.

Kapitalverfälschungen.

Auf eine Anfrage des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Müller über den Fall Gruber antwortete der Reichsjustizminister: Der Generalstaatsanwalt beim Landgericht I in Berlin hat gegen 42 Personen, darunter auch den Bankier Gruber, den Erlass eines amtsrichterlichen Strafbefehles wegen Kapitalflucht beantragt. Es sind Geldstrafen im Gesamtbetrag von über 1 Million Mark verhängt und Wertpapiere im Kurswerte von insgesamt 3 1/2 Millionen